Nummer 190 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Kerzlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Altmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Deßczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Mittwoch, den 22. August 1928
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pulserstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 2301. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pulserstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Die katholische Beamtenbewegung

Von

dipl. rer. pol. R. Schatron,

2. Vorsitzender des Kath. Beamtenvereins Groß-Berlin.

Von hoher weltlicher und kirchlicher Seite ist anläßlich der Jubelfeier des katholischen Gesellenvereins in Trier eine stärkere politische Betätigung der katholischen Jugend in den Mittelpunkt der Festrede gestellt worden. Weit mehr muß dies für den katholischen Beamten gelten, dessen Stellung als Diener der Volksgesamtheit eine politische Schulung nicht entbehren kann. Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren auch in der katholischen Beamtenschaft eine Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Entwicklung des politischen und sozialen Lebens festzustellen. Die von über 20 000 katholischen Beamten Deutschlands beschickte Tagung des Verbandes katholischer Beamtenverbände in Breslau im Juni d. J. hat vor aller Oeffentlichkeit Zeugnis davon abgelegt, daß Religion und Vaterland in ihren wechselseitigen Beziehungen durch die Betonung des Berufsethos und die Weckung der organisatorischen Verbandskräfte den Verband der katholischen Beamtenvereine Deutschlands auf eine beachtenswerte Höhe geführt haben. Die Tagung hat das unbedingte Bekenntnis zur neuzeitlichen und großzügigen Organisationsarbeit am Berufsbeamtentum geoffenbart und den Beweis erbracht, daß die katholische Standesbewegung für die Zukunft nicht mehr zu entbehren ist.

Drei Punkte sind es, insbesondere zu denen eine klare Stellungnahme notwendig war, weil sie für die Zukunft der katholischen Beamtenbewegung entscheidend sind:

1. Das Bekenntnis zur politischen Mitarbeit mit der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei;
2. Die Notwendigkeit der Berücksichtigung der katholischen Beamten bei der Besetzung der Beamtenstellen in Reich, Staat und Gemeinde, damit überall ein paritätisches Verhältnis hergestellt wird;
3. Die Heranziehung der katholischen höheren Beamten zur Mitarbeit in den katholischen Beamtenvereinen.

Angesichts der großen materiellen Not gegenüber erhöhten Arbeitsaufgaben und aus dem ideellen Wunsch nach Mehrgeltung im neuen Staat bemüht sich das Beamtentum zu einer umfassenden Kenntnis der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungskräfte zu kommen. Gerade der katholische Beamte vermag u. E. am besten den Weg dahin zu finden, wo seine höchsten Aufgaben im neuen Volksstaat, in der deutschen Republik, zu erfüllen sind. Für ihn gibt es keinen Zweifel darüber, daß die legitimistischen Ansprüche der alten Erbmonarchie endgültig erloschen sind und daß er seine ganzen Kräfte für den heutigen Staat im echten Gemeinschaftssinne einzusetzen hat. Stets hat die katholische Kirche die Suprematie des Staates und des Staatszwecks, nämlich die salus publica über das Prinzip der Legitimität gestellt, weil das Gesamtwohl aller Bürger des Staates das schöpferische Prinzip und das erhaltende Element in der menschlichen Gesellschaft ist. Abgesehen davon, daß der größte Teil des deutschen Volkes die Demokratie für die gegebene Staatsform ansieht, ist das demokratische Prinzip für das konfessionell zerrissene Deutschland die beste Lösung. Deshalb gilt es für den katholischen Beamten: Voll, auch innerlich die jetzige Staatsform zu bejahen und seine Kräfte für den heutigen Staat einzusetzen.

Der katholische Volksteil unseres Vaterlandes steht vor der Verantwortung, die ihm durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten einer Durchdringung des deutschen Staats- und Wirtschaftslebens mit den Ideen des katholischen Menschen, des katholischen Verantwortungsbewußtseins und seiner erzieherischen Werte auszunutzen. Hier liegt die Aufgabe der parlamentarischen Vertretung des katholischen Beamten, — das muß sachlich und nicht im Tone der Bitterkeit festgestellt werden — alle die Schäden und Benachteiligungen zu beseitigen, die frühere Zeiten hinterlassen haben. Dem deutschen Volksstaat müssen Beamte zugeführt werden, die die ganze Verantwortung ihres Amtes spüren und die nicht Disziplin im Sinne einer militärischen Unterordnung, nicht Kasten- und Klassenideale, sondern wahrhaft kollegialer Geist zu einer gedeihlichen Arbeit leitet.

Ob es eine Fügung ist, daß stets eine vorwiegend katholische Bevölkerung an den gefährdeten Punkten der deutschen Grenzen in Ost und West Wacht halten muß und dazu gegenüber einer weltanschaulich gleichgerichteten Bevölkerung? Für diese Schichten der Bevölkerung ist es gerade eine Lebensnotwendigkeit, in einer ihrer Denkungsart entsprechenden, d. h. katholischen Beamtenschaft, eine feste Stütze zu finden. Vielleicht hätte, wenn von den [illegible] Regierenden der nationale Wert einer katholischen Beamtenschaft für die katholischen Grenzbezirke erkannt worden wäre, das Problem des „polnischen Korridors", Posens, Oberschlesiens und auch das Elsaß-Lothringens eine andere Lösung erfahren. Es fehlte uns und es fehlt uns noch die Zielklarheit der großen Nachbarnationen, die im einfachsten und im höchsten den einen gleichen nationalen Willen lebendig zu machen suchen. Getreu ihrer Devise: Deo et patriae wollen die katholischen Beamten ihre nationale Aufgabe jenseits von allem Nationalismus, der in jeder Form unchristlich und unsittlich ist, fern auch von jedem falschen Internationalismus, die Idee in die Tat umsetzen, die auf eine einfache Formel gebracht, lautet: „Wir wollen den Platz wahren, auf den uns Gott gestellt hat."

Leider hat die gegenwärtige Zeit, in der von allen Seiten gegen die Grundfesten der religiös-sittlichen Weltordnung Sturm gelaufen wird, die gewissenhafte opferbereite Tätigkeit des katholischen Beamten noch nicht voll zu würdigen und zu schätzen gelernt; deshalb hat auch die Frage der „Parität" ein spontanes Bekenntnis zu der für die Lösung dieser lebenswichtigen Frage allein zuständigen deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei ausgelöst. Denn wie sieht es mit der „Parität" aus? — Der Abgeordnete Dr. Stegerwald führte an dieser Stelle (Nummer 311 vom 8. 7. 28) aus, daß obwohl die Zentrumspartei seit 1918 fast sechs Jahre lang den Reichskanzler gestellt und die Politik der deutschen Republik geleitet hätte, keine zehn Prozent der höheren Ministerialbeamten Zentrumsleute seien, daß sich das Zentrum also nach Stellen nicht gedrängt habe. Und ein Berliner demokratisches Blatt wies vor kurzem nach, daß von den 1063 sogenannten politischen Beamtenstellen in Preußen nur 216, also ein Fünftel, von der Zentrumspartei besetzt seien. Wie steht es bei den nichtpolitischen Beamten, insbesondere bei den Provinzial- und Lokalbehörden aus? Leider noch viel schlechter! Das „Paritätsverhältnis" liegt hier so ungünstig für die katholische Beamtenschaft, daß es die höchste Zeit ist, daß die Zentrumspartei ihre Arbeit auf diesem Gebiete beginnt. Dieses gerecht-paritätische Verhältnis muß, was noch wichtiger ist, bei sämtlichen Beamtenanstellungen der Reichs-, Staats- und Selbstverwaltungsbehörden hergestellt werden. Dieses Recht werden alle Deutschen anerkennen müssen, die die verantwortungsvolle Rolle des katholischen Volksteils um die Erhaltung unseres deutschen Vaterlandes im ersten Jahrzehnt des Bestehens der deutschen Republik nicht wider besseres Wissen verneinen wollen.

In einer Zeit, in der man sich unter der deprimierenden Gewalt des Materialismus und Liberalismus immer mehr von dem höheren, von Gott gewollten Recht entfernt, ist gerade ein Beamtentum, das auf den weltanschaulichen Grundsätzen der katholischen Kirche steht, für Staat und Volk unentbehrlich. Das Vorhandensein eines in seinen Grundsätzen gefestigten Beamtenstandes ist aber auch deshalb nötig, weil die Beamtentätigkeit sich immer mehr in die Sphären der wirtschaftlichen Produktion hineinwächst; die „gebundene Wirtschaft", die „Verbeamtung des Handels" — wie Schmalenbach in seinem Kohlegutachten ausführt —, die systematische Beeinflussung der deutschen Wirtschaft durch die öffentliche Hand zeigen dem Beamten immer neue Wege, weisen ihm aber auch größere Pflichten und Aufgaben zu, die er im Interesse der Volksgesamtheit wahrzunehmen hat. Deshalb bedarf es eines Zusammengehens sämtlicher katholischer Beamten, auch der höheren Gruppen. Hier muß die bewundernswerte, geradezu bahnbrechende Einstellung der leitenden Beamten der

Die heutige Nummer enthält die Kinderbeilage „Für unsere kleinen Leute".

„Der Ausdruck einer Verlegenheit"

Enttäuschung in der sozialistischen Presse Sachsens über die Entscheidung der Parteiinstanzen — „Kein Begräbnis für die Panzerkreuzerfrage"

Dresden, 21. August.

Die Regierungskrise ist vermieden worden, nicht aber die sozialistische Parteikrise. Denn nachdem man die Panzerkreuzerfrage ohne Not zur Prestigefrage gemacht hatte, war es der SPD. nicht mehr gut möglich, die Sache sang- und klanglos zu liquidieren. Inzwischen wird man wohl selbst im sozialdemokratischen Lager eingesehen haben, daß die künstliche Aufbauschung der Panzerkreuzerfrage während des Wahlkampfes und während der letzten Wochen seit langer Zeit der größte Fehler der sozialistischen Politik gewesen ist. Vom staatspolitischen Interesse ist es erfreulich, daß die „Staatsraison über das bloße Agitationsbedürfnis gesiegt hat. Für die sozialdemokratische Partei mußte jeder Ausgang schwere Sorgen bringen; auch ein Nachgeben gegenüber dem linken, radikaleren Flügel hätte die Partei schwer erschüttert. „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären".

Die sächsischen Genossen haben in Berlin eine ziemlich herbe Abfuhr erlitten und man kann es ihrer Presse nachfühlen, daß es ihr nicht leicht wird, schöne Worte zu diesem Ausgang der Dinge zu finden. Einer der sächsischen Sozialistenführer, Oskar Edel, zieht in der Dresdner Volkszeitung eine Zwischenbilanz. Darin gibt er offen zu, daß der Beschluß der Parteiinstanzen für die Frage des Panzerkreuzers „leider" kein Begräbnis sei und daß die Angelegenheit lange lebendig bleiben werde, erst recht, wenn die Partei sie totschweigen wollte. Der Beschluß der Parteiinstanzen ist für ihn nicht viel mehr als der „Ausdruck einer Verlegenheit". Edel bekennt sich bei dieser Gelegenheit erneut als grundsätzlichen Gegner der Koalitionspolitik überhaupt. Er dürfte in diesem Punkte für das Gros der sächsischen Genossen sprechen. Letztere sind es gewesen, die schon vor den Wahlen auf dem Kieler Parteitag der SPD. dem Parteivorstand die Vollmacht für das Eingehen einer Koalition bei einer taktisch günstigen Situation (die nach der Reichstagswahl gegeben war) verweigerten und die auch auf der Kölner Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses nach den Wahlen gegen einen bedingungslosen Eintritt der Sozialdemokratie in eine Koalition auftraten. Für diese sächsischen Genossen ist, wie Edel bestätigt, der Bau des Panzerkreuzers nur der logische Ausdruck einer bedingungslosen Koalitionspolitik. Er beschwert sich darüber, daß bei der Regierungsbildung das Primäre für die sozialdemokratische Partei der Wille gewesen sei, unbedingt zu regieren. Darum habe nach seiner Meinung die Partei die Handlungsfreiheit verloren, ehe noch von ihr Gebrauch gemacht worden war.

Die sächsische Sozialdemokratie ist auch mit den übrigen Ergebnissen der bisherigen Koalitionspolitik unzufrieden. So betont Edel, daß die Steuerregelung unzulänglich geblieben ist, daß der Verfassungstag nicht zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden sei und daß man der Volkspartei den Eintritt in die Preußenregierung grundsätzlich zugesagt habe, und erklärt, daß diese bisherigen Ergebnisse offenbar selbst der sozialistischen Parteileitung nicht von werbender Kraft zu sein scheinen. „Wir glauben", so schließt er, „daß schon der bisherige Anschauungsunterricht genügt, um das Koalitionsexperiment zu liquidieren". Edel hat in diesem Punkte nicht ganz unrecht. Nur vergißt er, daß zwischen der „werbenden Kraft" einer rein parteiegoistischen Politik und der Verantwortung für das Allgemeinwohl oft ein himmelweiter Unterschied ist. Die sächsischen Sozialdemokraten haben es in ihrer jahrelangen Opposition offenbar gänzlich verlernt, die Imponderabilien einer verantwortungsbewußten, positiven Mitarbeit im Staate richtig zu würdigen. Sonst würden sie zu manchen Problemen eine gesündere Einstellung längst gefunden haben. Denn schließlich ist die Angst vor der noch skrupelloseren Agitation der Kommunisten nicht der Maßstab für die eigene Verantwortung. Und solange man in gewissen Kreisen der Sozialdemokratie nur immer stramm nach links schielt, wo Moskaus blasse Sterne leuchten, wird man auf dem steinigen Wege, der vor uns allen liegt, vermutlich noch sehr oft und unangenehm stolpern.

Die Radikalen haben für diesmal sicher eine schwere Niederlage erlitten. Daß sie ihren systematisch betriebenen Feldzug gegen jede Koalition aufgeben werden, ist kaum zu erwarten. Dazu ist diese Frage zu weitreichend. Hier in Sachsen, in der Hochburg der Radikalen, weiß man sehr wohl, daß sich die Aussichten für die Erringung einer Linksmehrheit im Landtag in dem Maße verringern, als man im Reiche an der Verantwortung Anteil hat. Aus diesen Rücksichten heraus ist die geschlossene Front der sächsischen Koalitionsgegner zu erklären. Das Gegengewicht gegen diese vom besonderen Charakter der Sachsenpolitik beeinflußte Richtung der unbedingten Koalitionsgegnerschaft bildet die preußische Richtung, die wesentlich durch die jahrelange Mitarbeit der SPD. in der Koalition bestimmt ist. Diese Preußenkoalition hat gerade im sozialdemokratischen Lager den Mut zur Verantwortung ungemein gestärkt und dadurch auch der Reichspolitik zu einer festeren und kontinuierlichen Grundlage verholfen. In gewissem Sinne erntet heute der Berliner Parteivorstand der SPD. die Früchte für seine Haltung, die er den gemäßigten Führern der sächsischen Sozialdemokraten gegenüber bis zur Gründung der Altsozialistischen Partei eingenommen hat. Durch die damalige Ausschiffung der B hat man erst den Radikalen das unbeschränkte Regiment eingeräumt, mit dem sie heute ihren Berliner Freunden das Leben reichlich schwer machen. Es kommen für jede Partei Stunden, wo man einmal unpopulär sein muß. Es ist von Nachteil, dieser Notwendigkeit allzulange auszuweichen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. werden bei der nächsten ernsteren Gelegenheit wieder aufleben. Damit darf man bestimmt rechnen. Der Panzerkreuzer A war nur ein Auftakt. Das ist sicher für die Reichspolitik eine unangenehme Belastung. Hoffen wir, daß auch künftighin die Vernunftpolitik vor der bloßen Partei- und Interessenpolitik den Vorsprung behält.